



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter:: Herr Morbe

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 20.05.2022

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Mittwoch, 25. Mai 2022, um 16:00 Uhr,
Kurhaus, Kurhausplatz 1, 65189 Wiesbaden

Hinweis:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 31.03.2022
2. Mitteilungen
3. 22-S-00-0001
Fragestunde

4. 22-A-78-0001

Bericht zur Umsetzung der Istanbul Konvention in Wiesbaden
- Bericht der kommunalen Frauenbeauftragten -

ANLAGE

5. 22-F-69-0031

Die AWO-Affäre der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen von CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.05.2022 -

Die Geschehnisse bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) halten seit mehr als zwei Jahren Justiz und Politik in Atem. Neben dem Vorwurf vielfältiger Scheinarbeitsverhältnisse im Rahmen der sogenannten AWO-Affäre ist bspw. in Frankfurt am Main aufgedeckt worden, dass über viele Jahre hinweg eine fast siebenstellige Summe zweckentfremdet wurde. Aus diesen unrechtmäßig angehäuften kommunalen Zuschüssen wurden dann Gelder an führende Funktionäre ausgezahlt.

Auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden wird seit langer Zeit ebenfalls ermittelt. Durch die aktuelle Berichterstattung in der Presse zum „Minijob-System im Kreisverband der AWO Wiesbaden“ (WK vom 10.05.2022) wird deutlich, dass führende Funktionäre sowie Auserwählte von einem System der zusätzlichen Einnahmequellen profitierten. Die Frage, wie diese Mittel angehäuften wurden und ob hier ebenfalls kommunale Zuschüsse zweckentfremdet wurden, bleibt offen. Außerdem wird der ehemaligen Wiesbadener und Frankfurter AWO-Geschäftsführung eine Nähe zu Mandatsträgern im Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung vorgehalten. All dies trägt dazu bei, dass in der öffentlichen Wahrnehmung das Vertrauen in die Stadtpolitik beeinträchtigt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Anstrengungen die Stadt, neben den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen unternimmt, um die Affäre bei der AWO Kreisverband Wiesbaden e.V. endlich lückenlos aufzuklären und etwaige Erstattungs- bzw. Schadensersatzansprüche zu prüfen und durchzusetzen,
2. ob die Stadt eine potenzielle Schädigung ausschließen kann und wenn nein, ob sich die Stadt anwaltlich vertreten lässt und Akteneinsicht bei der Staatsanwaltschaft beantragt hat,
3. ob etwaigen Schadensersatzansprüchen eine zeitnahe Verjährung droht, bzw. ob eine Verjährung zumindest von teilweisen Ansprüchen ggf. bereits sogar schon eingetreten ist oder in welcher Höhe auf Rückforderungen aus dem Insolvenzverfahren verzichtet wurden,
4. aus welchem Grund die inzwischen überfällige Beauftragung einer unabhängigen Prüfungsstelle (externe fachkundige Prüfung mit entsprechender Expertise) noch immer nicht initiiert worden ist und wann mit der Vorlage eines Revisionsberichtes zu rechnen ist,
5. welche Maßnahmen innerhalb der Verwaltung ergriffen werden, damit sich Vorgänge wie bei der AWO Kreisverband Wiesbaden e.V. im Zusammenhang mit städtischen Zuschüssen nicht wiederholen können.

6. 22-F-63-0019

Geschlechtergerechte und wertschätzende Sprache in der Wiesbadener Stadtverwaltung
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 02.02.2022 -

ANLAGE

7. 22-F-22-0011

Nach Aus für den eMobilityHub an der Berliner Straße - Parkplatzverfügbarkeit sicherstellen
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 19.05.2022 -

Während der Magistrat die Maßnahmen, die auf eine Verdrängung des Autoverkehrs abzielen, zügig und ohne Rücksicht auf Verluste umsetzt, hinken die Projekte, bei denen insbesondere der auswärtige Verkehr auf ÖPNV und Rad umgeleitet werden soll, hinterher. Ausweislich der letzten Übersicht über den Umsetzungsstand der LRP-Maßnahmen aus dem April 2022, ist insbesondere bei den Park & Ride-Parkplätzen aus dem Taunus auch nach Jahren kein ausreichender Fortschritt zu verzeichnen.

Im Mobilitätsausschuss hat der Magistrat nun verkündet, dass auch das eMobility-Hub an der Berliner Straße vorerst auf Eis gelegt wird, da das Mobility Hub aufgrund der bisherigen Verzögerungen nicht vor Auslaufen der dringend benötigten Förderungen durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz fertiggestellt werden kann. Stattdessen soll das Mobility Hub auf dem Gelände des geplanten Parkhauses an der Klarenthaler Straße realisiert werden.

Diese Rochade führt zu weitreichenden Problemen an beiden Standorten. Der eMobility-Hub an der Berliner Straße war zwar vor allem als P+R-Lösung, aber auch als Quartiersgarage für die neuen Wohnungen im Berufsschulquartier vorgesehen, das Parkhaus an der Klarenthaler Straße als Ersatz für die bei der Umgestaltung des Elsässer Platzes wegfallenden Parkplätze und zur Nutzung durch Sportler und Zuschauer der Sporthalle. Durch die Umplanung verringert sich die Anzahl der geschaffenen Ladeplätze deutlich. An der Balthasar-Neumann-Straße verzögert sich die Entlastung der Bewohner vom Parksuchverkehr.

Ferner dürfte die „Umnutzung“ des noch zu errichtenden Parkhauses an der Klarenthaler Straße dort zu einem stärkeren Parkplatzsuchverkehr und zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen führen, um den Mobility-Hub als Parkplatz und Ladestation zu nutzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. schnellstmöglich einen neuen Standort für ein eMobilityHub/ein Pendlerparkhaus mit einer vergleichbaren Stellplatzanzahl wie am bisher geplanten Standort Berliner Straße zu suchen, das den einkommenden Verkehr von A66 und A455 abfangen und auf ÖPNV und Rad umleiten kann.
2. am bisher angedachten Standort des eMobility-Hubs schnellstmöglich ein Anwohner-Parkhaus mit mindestens 300 Stellplätzen zu realisieren.
3. Angesichts der nicht vorankommenden Realisierung der bisher identifizierten P&R-Flächen, neue (auch kleinteilige) Flächen zu suchen, die schnell zu Park-and-Ride-Parkplätzen umgewandelt werden können.
4. bei der Neugestaltung des Elsässer Platzes und Verlagerung der Parkplätze in ein zu bauendes Parkhaus auf einen vollständigen Ausgleich der wegfallenden Parkplätze zu achten.
5. Zur wirksamen Reduzierung des Parksuchverkehrs bei der Tarifgestaltung darauf zu achten, dass das Abstellen für die Anwohner günstig und preislich attraktiv ist.

8. 21-F-55-0038

Tariftreue und Steuergerechtigkeit in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Die Linke.Stadtfraktion vom 22.09.2021 -

ANLAGE

9. 21-F-10-0018

Keine "Gendersprache" in der Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der AfD-Fraktion vom 10.11.2021 -

ANLAGE

10. 22-F-63-0043

Die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.05.2022 -

Trotz zahlreicher Fortschritte ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Realität bisher nicht erreicht. So erfahren Frauen auch heute noch wirtschaftliche Nachteile und müssen sich Stereotypen entgegenstellen. Zudem sind Frauen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft deutlich unterrepräsentiert. Die Konrad Adenauer Stiftung berichtet, dass im deutschen Bundestag und in den Landtagen durchschnittlich lediglich 30% der Positionen von Frauen besetzt sind. Oberbürgermeisterinnen gibt es sogar nur 8%. In der Wirtschaft weisen Führungsetagen von Unternehmen laut Statistischem Bundesamt einen durchschnittlichen Frauenanteil von 29% auf. Damit liegt Deutschland auf Platz 20 im EU-weiten Ranking. Noch schlechter sieht es in den Forschungsabteilungen aus. Hier sind lediglich 15% von Frauen besetzt. Dies ist einer der schlechtesten Werte EU-weit.

Der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR) hat daher im Jahr 2006 eine „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf kommunaler und regionaler Ebene“ verabschiedet. Ziel ist es, auf lokaler Ebene im Sinne des Subsidiaritätsprinzips konkrete Aktionen für mehr Geschlechtergerechtigkeit durchzuführen. Teil dieser Charta sind über 1800 Kommunen in 36 Ländern weltweit. In Deutschland haben 60 Kommunen (Stand Februar 2022) unterzeichnet, wovon 10 hessische Städte/Gemeinden sind. Mit der Unterschrift bekennt sich die Kommune formell und öffentlich zu den in der Charta niedergeschriebenen Grundsätzen bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter. Darüber hinaus ist die Erstellung eines Aktionsplans innerhalb von zwei Jahren verpflichtend, der Prioritäten, Aktivitäten und Ressourcen darlegt und alle Institutionen/Organisationen im Gemeindegebiet einbezieht. Es ist außerdem Aufgabe der Kommune, regelmäßig und öffentlich über den aktuellen Stand des Aktionsplans zu berichten. Die konkrete Umsetzung obliegt immer der jeweiligen Kommune.

Die Unterzeichnung der Charta bietet Wiesbaden die Chance, Maßnahmen zur Gleichstellung gezielt und langfristig zu erarbeiten. Einzelne Projekte und Programme der Vergangenheit und Zukunft können öffentlichkeitswirksam in den Aktionsplan eingebaut und kommuniziert werden. Die Unterschrift ist ein Signal für Chancengleichheit und Gleichstellung der Stadt Wiesbaden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu prüfen und zu berichten,
 - a. in welchen Bereichen die Maßnahmen der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ sich mit den Maßnahmen im Rahmen der Istanbul-Konvention ergänzen oder darüber hinausgehen

- b. welche Teile der im Rahmen der Istanbul-Konvention geplanten Maßnahmen ebenfalls in einen Aktionsplan im Rahmen der europäischen Charta integriert werden könnten
 - c. wie hoch die im Zusammenhang mit einer Unterzeichnung der Europäischen Charta entstehenden Kosten und der Mehraufwand, inklusive der notwendigen zusätzlichen Personalkosten und unter Berücksichtigungen möglicher Synergien mit den Maßnahmen der Istanbul-Konvention sind.
 - d. wie insgesamt unter Abwägung von Kosten und Nutzen ein Beitritt zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" beurteilt wird.
2. Einen groben zeitlichen Fahrplan für eine Unterzeichnung der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ und den damit zusammenhängenden Maßnahmen nach gegebenenfalls positiver Beurteilung durch den Magistrat zu erarbeiten und dem Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit darüber zu berichten.

11. 22-F-15-0010

Rechenzentrum

- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 18.05.2022 -

Vorbemerkung:

Die Betreiber von Rechenzentren sehen das Rhein-Main-Gebiet als Drehkreuz für Datenverkehr und Digitalisierung. Das hängt mit dem Internetknoten in der Nähe von Frankfurt/M zusammen. Die Betreiber von Rechenzentren, zusammen gefasst in der German Datacenter Association (GDA), befürchten jedoch seit einiger Zeit, dass die Stadt Frankfurt nicht mehr bereit ist, alle Wünsche für den Neubau von Rechenzentren zu erfüllen. Ein in Frankfurt vorgelegtes Konzept des Magistrats soll nach Pressberichten nur noch eine Zuwachsfläche von 75 ha vorsehen. Ob damit der Bedarf für die nächsten Jahre gedeckt wird, ist in der Fachwelt umstritten. Eine Konsequenz dieser Entwicklung ist, dass für den Bau neuer Rechenzentren das Frankfurter Umland zunehmend attraktiver wird. Tatsächlich ist dort in einigen Städten der Bau von Rechenzentren auf der Tagesordnung. Dies könnte die Gelegenheit auch für Wiesbaden sein, sich verstärkt dem Thema zu widmen; sei es aus Gründen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts oder auch aus Gründen des Umweltschutzes und der Energieeffizienz.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. ein Standortkonzept für den Bau von Rechenzentren im Wiesbadener Stadtgebiet zu entwickeln.
2. zu prüfen, ob Rechenzentren geeignet sind, mit ihrer Abwärme in das Nahwärmenetz eingebunden zu werden.
3. zu prüfen, ob die Idee der KMW für den Bau eines Rechenzentrums verstärkt unterstützt werden kann.

12. 22-F-16-0002

Neubau HSK Werkwohnungen
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 21.03.2022 -

ANLAGE

13. 21-F-15-0010

"H2-Metropole Wiesbaden" - Kommunale Wasserstoffinitiative JETZT!
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 09.11.2021 -

ANLAGE

14. 21-F-16-0009

Verstöße gegen die Ortssatzung
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 09.11.2021 -

ANLAGE

15. 22-F-22-0005

Vom Mobilitätsdienstleister zur Mobilitätsplattform: Mobility as a Service
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 23.03.2022 -

ANLAGE

16. 22-F-05-0006

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zu ESWE Verkehr
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.03.2022 -

ANLAGE

17. 22-F-10-0010

Schriftliche Anfrage 54/2022 der AfD-Fraktion vom 17.02.2022 nach § 45 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung betr. "Erwartete Auswirkungen der angedachten Geschwindigkeitsbegrenzung"

ANLAGE

Tagesordnung II

1. **21-F-63-0021** **DL 13/22-1**
Die Stadt gehört auch den Jugendlichen - Freiräume erschließen, Mitwirkung fördern
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 10.11.2021 -

2. **21-V-11-2012** **DL 01/22-6**
Bericht zum Frauenförderplan 2014-2019

3. **entfällt**

4. **22-A-02-0005**
Überschreitung des Einzelbudgets Fraktionen
ANLAGE

5. **22-A-81-0002**
Förderprojekt E-Mobility-Hub - Sachstandsbericht von Dezernat V
ANLAGE

6. **22-F-15-0007**
Sicherheitskonzept der Landeshauptstadt Wiesbaden für einen Katastrophenfall
- Antrag der Fraktion FW/Pro Auto vom 04.05.2022 -
ANLAGE

7. **22-F-55-0003** **DL 13/22-3**
Ausreichende Kapazitäten in der intensivmedizinischen Versorgung an den Helios Horst-Schmidt Kliniken nach Weggang von Frau Prof. Dr. Beck?
- Antrag der Fraktion Die Linke.Stadtfraktion vom 31.01.2022 -

8. 22-F-63-0034

Beitritt der Stadt Wiesbaden in die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Volt und Linke vom 04.05.2022 -

ANLAGE

9. 22-F-63-0037

To-go und Take-away: Mehrweg voranbringen - Flickenteppich vermeiden

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 10.05.2022 -

ANLAGE

10. 22-F-63-0039

Dienstvereinbarung zur Home Office Regelung

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linken und Volt vom 29.04.2022 -

ANLAGE

11. 22-V-01-3001

DL 14/22-3 NÖ, 13/22-5

Zuschuss Beit Berl College Israel

12. 22-V-02-8002

DL 13/22-6

Fortsetzung des Arbeitsmarktprojektes "Helferinnen und Helfer an Schulen"

13. 22-V-04-0001

DL 13/22-7

Bericht zum Platz der deutschen Einheit

14. 22-V-06-0005

DL 13/22-8

Notwendiges Personal zur Versorgung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine

15. 22-V-12-0002

DL 14/22-2

Vorab-Freigabe von Haushaltsmitteln zur Durchführung der Bürgerumfrage "Leben in Wiesbaden" 2022

- | | | |
|------------|---|----------------------------|
| 16. | 22-V-15-0003 | DL 14/22-3 |
| | Sachstandsbericht zur Digitalisierungsoffensive | |
| 17. | 22-V-20-0013 | DL 13/22-9 |
| | Ergebnis- und Finanzplanung 2021-2025 und Ergebnis Finanzstatusbericht 2022 | |
| 18. | 22-V-20-0021 | DL 18/22-1, 17/22-1 |
| | Aktualisierung der Förderrichtlinien - Überörtliche Prüfung | |
| 19. | 22-V-23-0307 | DL 14/22-4 |
| | Zusätzliche Mittelbereitstellung für die Sanierung Burg Sonnenberg | |
| 20. | 22-V-31-0005 | DL 09/22-3 |
| | Geschäftsbericht Präventionsrat der Landeshauptstadt Wiesbaden 2019-2021 | |
| 21. | 22-V-31-0006 | DL 14/22-5 |
| | Einführung eines Wiesbaden-Bonus | |
| 22. | 22-V-33-0002 | DL 16/22-1, 15/22-1 |
| | Integrationskonzept 2022-2026 | |
| 23. | 22-V-36-0005 | DL 13/22-10 |
| | Zuschuss für die Klimaschutzagentur Wiesbaden e. V. | |
| 24. | 22-V-36-0007 | DL 14/22-6 |
| | Stellenbesetzungsverfahren vorab der Genehmigung des Haushalts 2022/2023 durch die Aufsichtsbehörde | |
| 25. | 22-V-36-0009 | DL 13/22-11 |
| | Protokoll der Sitzung des Klimaschutzbeirates der Landeshauptstadt Wiesbaden im ersten Quartal 2022 vom 03. März 2022 | |

26. **22-V-40-0005** **DL 14/22-5 NÖ, 13/22-12**
2. Bericht zur Umsetzung des Digitalpaktes in der Landeshauptstadt Wiesbaden
27. **22-V-40-0006** **DL 13/22-13**
Kostenfreie Menstruationsprodukte an weiterführenden Schulen in Wiesbaden
ANLAGE
28. **22-V-40-0008** **DL 17/22-3 NÖ, 16/22-2 , 15/22-2**
Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule -Fenstertausch -
29. **22-V-40-0011** **DL 14/22-7**
Schwimmendes Bootshaus - Vorbereitung der Wiederaufnahme des Ruderbetriebs
30. **22-V-41-0006** **DL 14/22-9**
Vorabfreigabe Bereich Kultur 3. Quartal 2022
31. **22-V-51-0007** **DL 14/22-10**
CASA e. V. - Investitionszuschuss - Stellwerkhäuschen
32. **22-V-51-0008** **DL 16/22-3, 15/22-3**
Sozialer Zusammenhalt Biebrich-Mitte - Begrünungsfonds
33. **22-V-51-0010** **DL 14/22-6 NÖ, 13/22-14**
Sozialer Zusammenhalt Schelmengraben, GWH Zuschussvertrag, Erschließung Stephan-Born-Straße, 1. BA
34. **22-V-51-0012** **DL 13/22-15**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Fortführung des Ausbauprogramms und Einrichtung eines Planungsbudgets

35. 22-V-51-0013 **DL 16/22-2 NÖ, 14/22-11**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Katholische Kindertagesstätte St. Georg in Frauenstein, Ersatzneubau und Erweiterung auf dem Grundstück der Alfred-Delp-Schule durch die SEG

36. 22-V-51-0016 **DL 13/22-16**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Erweiterung der städtischen Kindertagesstätte Parkfeld um zwei Krippengruppen, Deckung des Mehrbedarfs aus dem Ausbauprogramm

37. 22-V-51-0017 **DL 16/22-4, 15/22-4**

Handlungsprogramm Jugend ermöglichen - Jahresberichte 2021

38. 22-V-51-0019 **DL 16/22-5, 15/22-5**

Planstellenbedarf Umsetzung "Handlungsstrategie - Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen"

39. 22-V-51-0021 **DL 16/22-6, 15/22-6**

Übernahme der regionalen Koordination OloV durch die Fachstelle Jugendberufshilfe in der Schulsozialarbeit

40. 22-V-51-0023 **DL 16/22-7, 15/22-7**

Projektumsetzung "Handlungsstrategie - Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen"

41. 22-V-51-0026 **DL 18/22-2, 17/22-2**

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Vorab-Inbetriebnahme der städtischen Kindertagesstätte Amöneburg/Kurt-Beecker-Weg durch Übernahme der Containeranlage Kita Dyckerhoff Villa Bambini e. V.

42. 22-V-52-0002 **DL 16/22-8, 15/22-8**

Generalsanierung der SH "Hans-Jürgen Portmann-Halle" - Grundsatzvorlage

43. 22-V-52-0005 **DL 16/22-9, 15/22-9**

Generalsanierung Sporthalle Biebrich - Ausführungsvorlage

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| 44. | 22-V-61-0010 | DL 18/22-3 |
| | Freiraumgestaltung Platz vor der Hebbelschule | |
| 45. | 22-V-66-0203 | DL 13/22-17 |
| | Öffentliche Straßenbeleuchtung, Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden 2022 und 2023 | |
| 46. | 22-V-66-0206 | DL 13/22-18 |
| | Kaiserbrücke - Auffahrtsspindel für den Radverkehr, Ergebnisse Plausibilitätsprüfung | |
| 47. | 22-V-66-0210 | DL 13/22-19 |
| | Wiesbadener Straße - Einrichtung eines Fahrbahnteilers | |
| 48. | 22-V-66-0215 | DL 14/22-12 |
| | Carsharing - Finanzierung der Markierung und Beschilderung | |
| 49. | 22-V-66-0217 | DL 14/22-13 |
| | Umgestaltung Schloßplatz - Vorplatz Marktkirche, Grundsatzvorlage | |
| 50. | 22-V-66-0302 | DL 13/22-20 |
| | Grundhafte Erneuerung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK | |
| 51. | 22-V-66-0303 | DL 14/22-14 |
| | Bericht über die Ausgabe- und Einnahmesituation Instandhaltung Verkehrsflächen 4. Quartal | |
| 52. | 22-V-66-0304 | DL 14/22-15 |
| | Erneuerung von Ingenieurbauwerken in Wiesbaden und AKK | |
| 53. | 22-V-67-0001 | DL 13/22-21 |
| | Zuschüsse des Grünflächenamtes für den Tierpark Kastel und den Cyperus-Park | |

ANLAGE

54. **22-V-67-0002** **DL 14/22-16**
Spielplatzscout
55. **22-V-67-0003** **DL 13/22-22**
Terrassonplatz - Sanierung & Umgestaltung
56. **22-V-82-0004** **DL 13/22-23**
Mehraufwendungen Sternschnuppenmarkt

Tagesordnung III

1. **22-A-02-0002**
Ergebnisse des Arbeitskreises Geschäftsordnung
- Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung -
ANLAGE
2. **22-V-41-0004** **DL 14/22-8**
Satzung Stadtbibliotheken Wiesbaden
3. **22-V-61-0009** **DL 17/22-4 NÖ, 16/22-10 , 15/22-10**
Wohnbauflächenentwicklung Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Helling-Höfe" im Ortsbezirk
Kastel, Satzungsbeschluss
4. **21-V-61-0035** **DL 14/22-1 NÖ, 13/22-2**
Gesundheitsstandort Aukammtal - zukünftige Nutzung der Bereiche Leibnizstraße und
Aukammallee

Tagesordnung IV

1. **22-V-01-0010** **DL 14/22-2 NÖ**
Anmietung des Büroobjektes "Atrium-Haus", Gustav-Stresemann-Ring 3 als Ausweichstandort
während der Sanierung des Rathauses

2. **22-V-06-0004** **DL 16/22-1 NÖ, 15/22-1 NÖ**
Genehmigung eines Kassenkredits

3. **22-V-20-0015** **DL 13/22-2 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2021

4. **22-V-20-0016** **DL 13/22-3 NÖ**
Monatsberichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen per 31.01.2022 gemäß StVV 0286 vom 17.09.2020

5. **22-V-20-0018** **DL 13/22-4 NÖ**
Monatsberichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen per 28.02.2022 gemäß StVV 0286 vom 17.09.2020

6. **22-V-20-0019** **DL 13/22-5 NÖ**
Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

7. **22-V-20-0020** **DL 13/22-6 NÖ**
Bürgschaft - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft

8. **22-V-23-0314** **DL 17/22-2 NÖ**
Grundstück Welfenstr. - Vorkaufsrecht gem. § 24 und 25 BauGB

Zu diesem Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen statt.

9. **22-V-23-0316** **DL 14/22-4 NÖ**
Eintragung von Grundschulden auf städtischen Grundstücken in der Gemarkung Wiesbaden

10. **22-V-36-0004** **DL 13/22-7 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirats vom 24.02.2022

11. 22-V-36-0010

DL 13/22-8 NÖ

Niederschrift über die 3. nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 31.03.2022

12. 22-V-66-0502

DL 16/22-3 NÖ

Umlegungsverfahren 91 "Östlich der Anna-Birle-Straße" in Mainz-Kastel; Vorwegnahme der Entscheidung gemäß § 76 BauGB Beschluss Nr. 82

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher